

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

der Abgeordneten Ing. Westenthaler und Kollegen

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber der Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gerichtsgebührengesetz, das Gerichtliche Einbringungsgesetz 1962, das Einkommensteuergesetz 1988, das EU-Quellensteuergesetz, das Körperschaftsteuergesetz 1988, das Umgründungssteuergesetz, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Gebührengesetz 1957, das Mineralölsteuergesetz 1995, das Normverbrauchsabgabegesetz, die Bundesabgabenordnung, das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz, das EG- Amtshilfegesetz, das Zollrechts-Durchführungsgesetz, das Garantiegesetz 1977, das Bundeshaushaltsgesetz, das Bundesfinanzierungsgesetz, das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, das Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz, das Schülerbeihilfengesetz 1983, das Universitäts gesetz 2002, das Bundesmuseen-Gesetz 2002, das Bundestheaterorganisationsgesetz, das Bundesgesetz über die Neuorganisation der Bundessporteinrichtungen, das Altlastensanierungsgesetz, das Umweltförderungsgesetz, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz und das Bundesbahngesetz geändert werden (Budgetbegleitgesetz 2007) (43 d.B.) in der Fassung des Ausschussberichts (67 d.B.)

Knapp mehr als 100 Tage nach ihrem Amtsantritt als Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend hat ÖVP-Ministerin Dr. Andrea Kdolsky eindeutig unter Beweis gestellt, dass sie mit ihren Aufgaben in der Führung dieses zentralen Ressorts völlig überfordert ist. Kdolsky hat mangelndes Einfühlungsvermögen im Bereich ihrer Kernaufgaben durch Untätigkeit und unsoziale Politik in ihrer Amtsführung ergänzt und damit als Bundesministerin versagt. Ihre Politik ist geprägt durch Belastungen für Steuerzahler, Beitragszahler sowie Patienten und besteht aus widersprüchlich-chaotischen Ankündigungen im Gesundheits- und im Familienbereich. Darüber hinaus hat Bundesministerin Kdolsky durch ihre Aussagen Kinder und Familien diskreditiert und so von Amtsantritt an für massive Empörung gesorgt.

Ihre medialen Auftritte zur versuchten „Imagepolitik“ haben diese Situation in unerträglichem Ausmaß verschlimmert. Zwar gilt sie bei einigen „Zeitgeistmedien“ als „liberale Ikone“ der „neuen ÖVP“, versteckt aber in Wahrheit hinter der „unbekümmerten Art alles zu sagen, was sie sich denkt“ die Unfähigkeit zur sachlichen Beurteilung komplexer Sachverhalte, die einer strukturierten und ruhigen Bearbeitung und Entscheidung ihrerseits bedürften. Mit wenigen Worten: ein kompletter Mangel an seriöser Politik.

Der letzte parteipolitisch motivierte Auftritt an einer Wiener Schule, bei dem sie an Minderjährige unter 14 Jahren Kondome verteilt hat, war extrem indiskutabel. Er hat darüber hinaus viele verärgert, die unter gewissen Vorzeichen vielleicht noch bereit waren, ruhig über die Sache zu diskutieren. Es ging ihr aber offensichtlich nicht um die Sache – Aufklärung und Schutz Minderjähriger – sondern nur um einen medialen Gag. Denn zu allem Überfluss waren ihre „Titelbild-Photos“ mit Kindern offensichtlich nicht von deren Eltern autorisiert, was zu einer Prüfung durch den Wiener Stadtschulrat geführt hat.

Damit wurde ein absoluter Tabubruch begangen, der einen parteipolitischen Missbrauch ihrer Stellung als Bundesministerin bedeutet und den der Nationalrat nicht dulden kann.

Mit dieser Fehlleistung hat sich Frau Bundesministerin Kdolsky endgültig untragbar gemacht. Ihr sollte daher vom Nationalrat das Vertrauen entzogen werden.

Folgende Fehlverhalten von Bundesministerin Kdolsky waren in knapp 100 Tagen zu verzeichnen:

1. Verweigerung der Abschaffung der Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld
2. Ankündigung der Rückforderung von Kindergeld-Zahlungen
3. Fortgesetzte Diskreditierung von Kindern und Familien
4. Parteipolitischer Missbrauch von Schulkindern zur Selbstdarstellung
5. Forderung nach einem generellen gesetzlichen Rauchverbot
6. Belastungspolitik durch Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge
7. Verweigerung der Halbierung der Mehrwertsteuer auf Medikamente
8. Belastungskurs durch die Erhöhung der Medikamentenkosten
9. Verwirrung um die Krankenkassenreform
10. Chaoskurs bei den Spitalsambulanzen
11. Verstaatlichung der Ärzte

1. Verweigerung der Abschaffung der Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld

Bundesministerin Kdolsky will an der Zuverdienstgrenze festhalten, obwohl sie arbeits- und leistungsfeindlich sowie realitätsfern ist und eine positive Entwicklung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele Menschen verhindert.

Dabei sollte eigentlich die oberste Maxime lauten: Jedes Kind muss gleich viel wert sein! Die Aufhebung der Zuverdienstgrenze wäre auch ein deutliches familienpolitisches Signal in Richtung mehr Wahlfreiheit und ein Anreiz für die – besser verdienenden – Väter, in Karenz zu gehen. Eine völlige und auch rückwirkende Abschaffung der Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld wäre daher dringend erforderlich und eine massive Verbesserung!

Die geschätzten Mehrkosten von 250 bis 300 Mio. Euro (lt. Ministerin Kdolsky) durch eine Aufhebung der Zuverdienstgrenze könnten bereits durch den deutlich geringeren Verwaltungsaufwand weitgehend eingespart werden. Selbst ÖVP-Familienlandesrätin Mikl-Leitner (NÖ) sprach hier zuletzt von einem Einsparungsvolumen von 100 Mio. Euro (Quelle: „Niederösterreichische Nachrichten“, 16. April 2007).

Als Familienministerin trägt Kdolsky hier die politische Hauptverantwortung!

2. Ankündigung der Rückforderung von Kindergeld-Zahlungen

Bundesministerin Kdolsky weigert sich nicht nur, die Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld abzuschaffen, sondern lässt sogar rückwirkend die Bezieher auf Überschreitungen prüfen, was Bundesminister Haupt ablehnte.

Dadurch drohen vielen Familien erhebliche Rückzahlungen. Durch die zusätzliche Ankündigung einer künftig lückenlosen Kontrolle der Zuverdienstgrenze verunsichert sie weiterhin viele Familien, die Kinderbetreuungsgeld beziehen. Direkt von einer Rückforderung betroffen wären laut einer Studie des Instituts für Familienforschung rund ein Prozent der Kindergeldbezieherinnen („Kurier“, 27. März 2007).

Dieser kontraproduktive Schritt stellt für viele Familien eine beträchtliche finanzielle Bedrohung dar. Darüber hinaus wird ein enormer zusätzlicher Verwaltungsaufwand geschaffen. Wenn Familien bestraft statt gefördert werden ist das der falsche Weg in der Familienpolitik!

3. Fortgesetzte Diskreditierung von Kindern und Familien

Eine Familienministerin, die bereits bei ihrer Angelobung ihr offensichtlich gestörtes persönliches Verhältnis zu Kindern und Familien in inakzeptablen Aussagen bekräftigt, ist untragbar und für dieses Regierungsamt völlig ungeeignet. Kdolsky ist als Familienministerin schon deshalb rücktrittsreif. Sie diskreditiert Kinder und Familien. Eine Familienministerin, die von Kindern als lästige Elemente einer Gesellschaft schreibt und Kinder als störend in Luxuslokalen oder auf Langstreckenflügen bezeichnet, ist fehl am Platz! Dass in der Wertigkeit ein ungestörtes Essen im Nobellokal für die neue Familienministerin wichtiger ist als Familienfreundlichkeit und sie selbst die Vorteile des Lebens als Tante preist („weil man die Kinder irgendwann wieder zurückgeben kann“) und bezweifelt, dass sie mit Kindern ein ebenso schönes Leben hätte rundet das Bild im Negativen ab.

Im Gegensatz dazu hatte sich die vorige Bundesregierung darum bemüht, dass Kinder wieder selbstverständlich zum Leben gehören müssen und als Bereicherung statt als Negativfaktor gesehen werden. Denn zu einer Stabilisierung und Verstärkung des positiven Geburtentrends kann es nur kommen, wenn ein entsprechendes Umdenken stattfindet; hierfür hat gerade die Politik ihren Beitrag zu leisten.

4. Parteipolitischer Missbrauch von Schulkindern zur Selbstdarstellung

Ein weiteres Fehlverhalten von Kdolsky stellt die Instrumentalisierung von Schulkindern dar, die ihr vorwiegend zur persönlichen, politisch-medialen Selbstdarstellung gedient haben: Die Kondom-Verteilaktion von Gesundheitsministerin Kdolsky am Gymnasium Hegelgasse in Wien-Innere Stadt am 22. März 2007 wurde in beinahe allen österreichischen Medien transportiert. Hierbei wurde Bildmaterial verwendet, auf welchem minderjährige Schüler ohne Zustimmung der Eltern abgebildet waren. Laut Ö1-„Morgenjournal“ vom 13. April 2007 sehen Eltern ihre Kinder für parteipolitische Zwecke missbraucht und haben deshalb rechtliche Schritte eingeleitet. Die Eltern kritisieren, dass sie ohne Rücksprache oder Zustimmung für eine äußerst fragwürdige politische Werbung missbraucht wurden, so das „Ö1-Morgenjournal“. Dieser parteipolitische Missbrauch von Schülerinnen und Schülern ist scharf zu verurteilen und nachhaltig abzulehnen.

Die Bundesministerin rechtfertigt sich, indem sie verlautbaren lässt: „Die Veröffentlichung von Film- und Fotomaterial liege nicht im Verantwortungsbereich des Ministeriums“ (APA, 13. April 2007).

Faktum ist, dass Kdolsky Journalisten und Fotografen zu diesem Termin selbst eingeladen hat (OTS-Aviso vom 21. März 2007). Selbstverständlich musste ihr klar sein, dass für eine Veröffentlichung von Fotos von Minderjährigen die Zustimmung der Erziehungsberechtigten benötigt wird.

Weiters hat Kdolsky mit dem medialen Missbrauch der Schülerinnen und Schüler gegen die Bestimmungen des Wiener Stadtschulrates verstößen und sich damit als Ministerin klar disqualifiziert.

5. Forderung nach einem generellen gesetzlichen Rauchverbot

Mit ihren widersprüchlichen Plänen für oder doch gegen ein generelles gesetzliches Rauchverbot in heimischen Gastronomiebetrieben, präsentiert sich Kdolsky als Verfechterin einer zentralistischen Bevormundungs- und Verbotspolitik. Sie greift damit in die persönliche Freiheit und die unternehmerische Freiheit im Gastgewerbe ein und ordnet den grundsätzlich richtigen und notwendigen Schutz der Nichtraucher einer parteiideologischen Politik unter.

Eine überparteiliche und unabhängigen Anti-Verbotskampagne „Ohne Verbot geht's auch“ wurde mit 19.034 Unterschriften unterstützt und am 8. März 2007 an Nationalratspräsidentin Prammer übergeben.

Die Regierung sollte daher eine Anti-Rauch Kampagne starten, um zu verhindern, dass Jugendliche mit dem Rauchen beginnen. Das Prinzip von Freiheit und Verantwortung statt Verbot und Entmündigung sollte aber weiterhin gelten. Eine klare Kennzeichnung, ob es sich um ein Nichtraucherlokal, ein Raucherlokal, oder eine Mischform handelt, sollte geschaffen werden. Jeder Gastronom muss selbst entscheiden können, welche Art von Lokal er betreibt. Der Gast kann dann bewusst entscheiden, welches Lokal er besucht.

6. Belastungspolitik durch Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge

Zur Finanzierung des Gesundheitssystems hat die SPÖ/ÖVP-Koalition im Regierungsprogramm die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um 0,15 Prozent vereinbart. Diese soll spätestens 2008 kommen, wird aber aller Voraussicht nach noch heuer umgesetzt. Mit dieser Beitragserhöhung werden die Versicherten jährlich mit 150 Mio. Euro zusätzlich belastet.

Gesundheitsministerin Kdolsky verteidigt aber diese Mehrbelastung als „moderate Erhöhung“ und notwendig (Ö1-„Morgenjournal“, 24. Februar 2007).

Sie geht damit den falschen Weg in der Gesundheitspolitik und steht für Mehrbelastungen und Einsparungen zu Lasten der Österreicherinnen und Österreicher! Einsparungen im Gesundheitssystems sind dagegen noch nicht absehbar.

Im Gegensatz dazu wurden bei der Gesundheitsreform 2004 zur Finanzierung des Gesundheitssystems vor allem Einsparungen in Höhe von 400 Mio. Euro vereinbart.

Auch eine Streichung des Krankenversicherungsbeitrages für das 13. und 14. Monatsgehalt sollte endlich vorgenommen werden. Denn wer nur 12 Monate im Jahr krank werden kann, soll auch nur für 12 Monate Krankenversicherungsbeiträge bezahlen!

7. Verweigerung der Halbierung der Mehrwertsteuer auf Medikamente

Immer mehr Menschen müssen ihre Medikamente in der Apotheke selbst bezahlen, da die Krankenkassen in vielen Fällen die Kosten für die modernsten, innovativsten Therapie nicht mehr übernehmen.

Dabei leisten die österreichischen Patienten ohnehin einen großen privaten Anteil für die Finanzierung des Gesundheitswesens (Rezeptgebühr, Spitalsgebühren, private Gesundheitsvorsorge usw.). Die österreichischen Patienten müssen daher dringend entlastet werden!

Als wesentliche Maßnahme zur Entlastung von Patienten und Gesundheitssystem wäre eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf Medikamente von 20 Prozent auf 10 Prozent sinnvoll.

In vielen europäischen Ländern gibt es für Medikamente einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz, in einigen Ländern sogar eine Steuerbefreiung. Dies ist aber in Österreich nicht so. Hier wird Patienten beim Kauf von Medikamenten eine Mehrwertsteuer von 20 Prozent verrechnet. Damit liegt Österreich bei der Höhe der Mehrwertsteuer auf Medikamente im europäischen Spitzenfeld und nimmt im europäischen Vergleich mit der 20-prozentigen Mehrwertsteuer auf Medikamente hinter Dänemark (mit 25 Prozent) den zweiten Platz ein. Alle anderen Staaten Europas haben einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz auf Arzneimittel. Der EU-Durchschnitt liegt bei 10 Prozent Mehrwertsteuer.

In Österreich sind lebensnotwendige Güter mit einem ermäßigten Steuersatz versehen. Daher gilt für Lebensmittel eine begünstigte Mehrwertsteuer von 10 Prozent. Auch Bücher, Zeitschriften und Mieten unterliegen dieser Ermäßigung, Medikamente jedoch nicht. Unverständlich ist, dass für ein Essen im Luxusrestaurant 10 Prozent Mehrwertsteuer verrechnet werden, die Bevölkerung aber für Medikamente 20 Prozent Mehrwertsteuer bezahlen muss! Somit fällt für den Kauf von Arzneimitteln (rezeptfreie sowie rezeptpflichtige) insgesamt ein jährliches Mehrwertsteuervolumen von rd. 600 Mio. Euro an. Eine Halbierung der Mehrwertsteuer von 20 auf 10 Prozent würde daher eine Entlastung in der Höhe von 300 Mio. Euro bringen. Den Patienten selbst würden durch eine Senkung der Medikamentenbesteuerung rd. 100 Mio. Euro mehr zur Verfügung stehen, weitere 200 Mio. Euro kämen den Krankenversicherungsträgern zugute.

Im Regierungsprogramm ist aber eine Halbierung des Mehrwertsteuersatzes im Interesse der Patienten und Beitragszahler nicht vorgesehen.

8. Belastungskurs durch die Erhöhung der Medikamentenkosten

Österreichs Gesundheitssystem ist, gesichert durch die Maßnahmen der letzten Bundesregierung, eines der besten der Welt. Gesundheitsministerin Kdolsky fährt nun einen Zickzack-Kurs zwischen massiven Belastungen (Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge) auf der einen Seite und bloßen Ankündigungen auf der anderen.

Erst vor kurzem wurde im Budgetausschuss ein Antrag von SPÖ und ÖVP zum Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz eingebracht, der eine reale Verteuerung von Medikamenten bedeutet. Statt Einsparungen im Verwaltungsbereich zu erzielen gehen SPÖ und ÖVP wieder einmal den einfacheren Weg zu Lasten der kranken Menschen. Gerade sozial Schwache und vor allem die ältere Generation sind hier besonders betroffen. Für diese Maßnahme ist Kdolsky als Gesundheitsministerin politisch verantwortlich!

9. Verwirrung um die Krankenkassenreform

Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky peilt die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen an. Das hat sie bei einer Podiumsdiskussion im „Managementclub“ verkündet (APA, 12. April 2007). Kdolsky gab an, kurz vor einer Einigung mit den Sozialversicherungsträgern zu stehen. Dazu gebe es ein Treffen der Sozialpartner – dieses hat aber nicht stattgefunden (APA, 12. April 2007).

Am 15. April erfolgt von Kdolsky ein „Umfäller“: Zum derzeitigen Zeitpunkt könne sie sich „keine Zentralisierung vorstellen“, so die Ministerin im ORF-„Morgenjournal“.

Gerade im Gesundheitsbereich ist die Stabilität und das Vertrauen der Menschen in eine sichere und effiziente Versorgung unverzichtbar. Kdolsky riskiert dieses Vertrauen mit ihren widersprüchlichen medialen Aussagen mutwillig und ist auch deshalb reif für eine Ablöse.

10. Chaoskurs bei den Spitalsambulanzen

Die Ambulanzen leisten hervorragende Arbeit in der Gesundheitsversorgung der Österreicherinnen und Österreicher. Unbestritten ist jedoch, dass bestimmte Behandlungen nicht immer von Spitalsambulanzen durchgeführt werden müssen, sondern auch teilweise von Hausärzten ebenso gut geleistet werden können.

Eine stärkere Förderung der praktischen Ärzte wäre notwendig, um die Ambulanzen zu entlasten.

Kdolsky will die Ambulanzen abschaffen und die Ärzte ohne Ausgleich massiv belasten, ja sogar zum 24-Stunden-Dienst an sieben Tagen pro Woche verpflichten. Kdolsky verkündet zuerst (am 26. Februar 2007 in den „Salzburger Nachrichten“) die Absicht, die Ambulanzen bis auf Notfall- und Spezialambulanzen abzuschaffen. Dann verkündet sie –am selben Tag in einer Aussendung –, dass es keine Schließung geben werde. Worauf sie am 26. März (im ORF-Radio) erklärt, Ärzte-Bereitschaften statt Spitalsambulanzen haben zu wollen.

Als Reaktionen darauf meinten der Hausärztevertreter Christian Euler: „Kdolsky soll sich ein Kondom überstülpen, damit keine falschen Äußerungen herauskommen“ („Der Standard“, 28. März 2007) und der Wiener Ärztekammer-Präsident, Walter Dorner: „Die Pläne der Ministerin sind bestenfalls sehr unbedacht und voreilig geäußert“ („Der Standard“, 28. März 2007).

11. Verstaatlichung der Ärzte

Die geplante 68. ASVG-Novelle sieht vor, dass Kompetenzen vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger an das Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend übergehen und der Hauptverband künftig auf Weisung des Gesundheitsministeriums Verordnungen erlassen darf, die direkt in schon bestehende Vertragsbeziehungen zwischen Ärzten und Sozialversicherungen eingreifen.

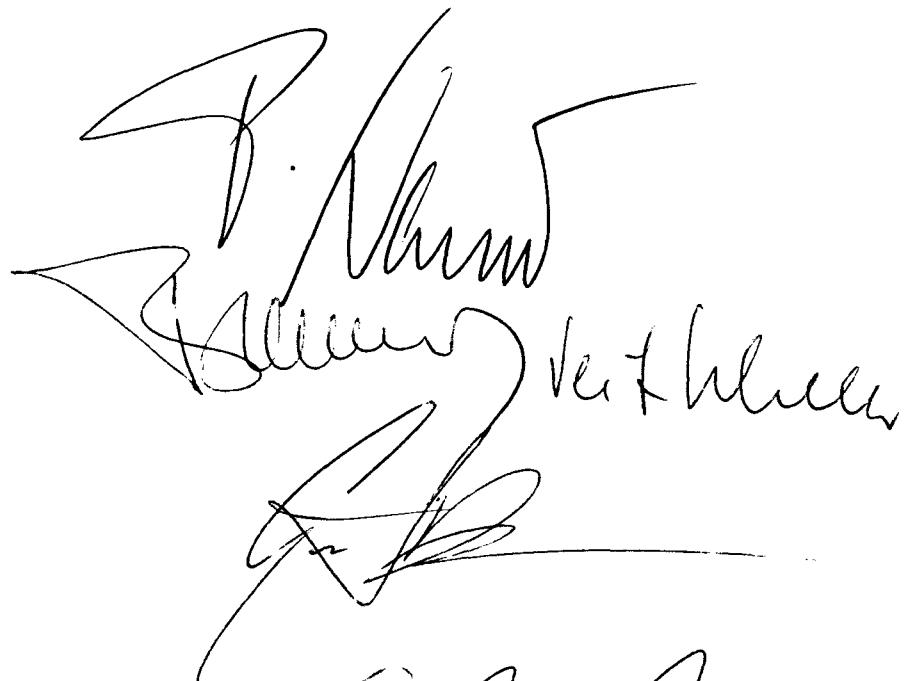
Das ist ein erster Schritt in Richtung Aushebelung der Selbstverwaltung de facto Verstaatlichung der Ärzteschaft.

Aufgrund all dieser Missstände sollte der Nationalrat Frau Bundesminister Dr. Andrea Kdolsky das Vertrauen versagen; die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend wird gemäß Art. 74 Abs. 1 B-VG durch ausdrückliche Entschließung des Nationalrates das Vertrauen versagt.“



Handwritten signatures of several Austrian parliamentarians are overlaid on a large, hand-drawn 'X' mark. The signatures are cursive and appear to be in black ink. One signature on the right includes the word 'Verkündet'.

Wien, am 23. April 2007



Handwritten signature of S. Solnitschek, followed by the handwritten text 'u. Stell'.